Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 25 Pfg., bei lokalen Anzeigen 20 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubert Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". (Während der Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.40 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Westfr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 222 — **Dienstag, den 23. September 1919** — **47. Jahrgang**

Ratifikation in der französischen Kammer.

(TU) **Aus Lyon wird gemeldet, daß die französische Abgeordnetenkammer den Friedensvertrag ratifiziert hat. Eine direkte Nachricht aus Paris liegt hierüber noch nicht vor.**

Unterzeichnung des Protokolls in der Anschlussfrage.

(TU) Freiherr v. Lersner unterzeichnete gestern nachmittag vier Uhr im Trianon-Palast-Hotel in geschlossener Sitzung das mit den alliierten und assoziierten Regierungen vereinbarte Protokoll betr. Artikel 61 der Reichsverfassung. Auf Seiten der Alliierten unterzeichneten für Frankreich Botschafter Jules Cambon, für England Sir Eyrecreeve, für Amerika Unterstaatssekretär Polk, für Italien Minister Scialoja, für Japan Botschafter Matsui.

Der Beginn der Kohlenlieferung.

(TU) Zu der Lieferung von 500 000 Tonnen Ruhrkohlen an Frankreich wird der „Deutschen Allgem. Ztg." bestätigt, daß diese Menge auf die im Friedensvertrag vorgesehenen Lieferungen nach deren Rationierung angerechnet werden sollen. Die erwähnten Lieferungen, die bereits begonnen haben, beruhen auf freier Vereinbarung. Man sieht dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß es zweckmäßig sei, wegen der verzögerten Rationierung des Friedensvertrages schon vorweg mit den Lieferungen zu beginnen, um eine Ueberstürzung bei den folgenden Lieferungen zu vermeiden und eine bessere Verteilung der Kohlen zu ermöglichen.

Oberster Rat und baltische Frage.

(TU) Ueber das Eingreifen der Verbündeten im Baltikum ist entgegen früheren Meldungen noch kein endgültiger Beschluß gefaßt worden. Es war die Rede davon gewesen, die polnische Armee in den Ostseeprovinzen eingreifen zu lassen, doch kam der Oberste Rat wieder davon ab, da er in der Meinung, daß es nicht ratsam sei, durch den deutsch-polnische Spannung zu verschärfen. Auch der Gedanke einer wirtschaftlichen Sperre wurde wieder fallen gelassen, damit die litauische und die lettische Bevölkerung nicht geschädigt werden.

Massenkundgebungen für das Deutschtum in Marienburg.

In Marienburg fand ein von den demokratischen Vereinen der Abstimmungsgebiete Marienburgs, Stuhm, Marienwerder, Rosenberg und Elbing veranstalteter „Deutscher Tag" statt, der in eine Massenkundgebung im alten Ordensschlosse ausklang. Abgeordneter Schmilian hielt eine patriotisch-vollendete Ansprache. Das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" wurde von der Menge stehend angenommen. Am Nachmittag fand eine große öffentliche Versammlung statt, in der Abgeordnete Frau Dr. Bronner-Königsberg über die Aufgaben der Frau und der Jugend zur Erhaltung des Deutschtums und Abgeordneter Posch über die politische Lage sprachen.

Vorläufige Angliederung Galiziens an Polen.

Nach dem „Echo de Paris" beschäftigte sich der Fünferrat mit der galizischen Frage. Die Bevölkerung bestehe nur zu 40 Prozent aus Polen. Die Konferenz entschied deshalb, daß Galizien als autonome Provinz durch internationales Statut einstweilen an Polen angegliedert werden solle, aber später eine Volksabstimmung endgültig über das Schicksal Galiziens entscheiden werde. Galizien solle vorläufig durch einen Generalgouverneur, den die Regierung in Warschau ernenne, verwaltet werden, und durch den Landtag eine Verfassung erhalten. — „Echo de Paris" sieht voraus, daß unter diesen Umständen Galizien ein Zankapfel bleibe. Einige strittige Punkte, beispielsweise die Militärdienstpflicht, seien noch nicht entschieden.

Stahlarbeiterstreik in Amerika.

Ein über das ganze Land sich erstreckender allgemeiner Stahlarbeiterstreik hat gestern um Mitternacht begonnen. Meldungen aus Pittsburg, Chikago, Cleveland und anderen Orten besagen, daß Tausende die Arbeit niedergelegt haben. Die Angaben über die Ausdehnung des Streiks lauten jedoch bisher widersprechend. Beispielsweise erklären in Pittsburg die Beamten der Gesellschaften, daß die meisten Betriebsanlagen mit verringerter Arbeitskraft arbeiten. Die Arbeiterführer dagegen erklären, daß der Streik in seiner ganzen Ausdehnung erst nach zwei Tagen zur Geltung kommen wird.

Ein Staatsstreich im Distrikt Pittsburg ist Sonntag nachmittag mit Zusammenstößen zwischen der Staatspolizei und einer Menschenmenge, die eine Versammlung im Freien abhalten wollte, eingeleitet worden. Augenzeugen behaupten, daß in Clarton eine Versammlung, die einen geordneten Verlauf nahm, durch Polizisten angegriffen wurde, worauf die Menschenmenge sich zerstreute. Die Menschenmenge begann nun ihrerseits mit Wurfgeschossen die Polizisten zu bewerfen. Diese gingen nun mit Knüppel gegen die Menge vor. Es wurde niemand ernstlich verletzt. 19 Personen wurden verhaftet.

Der Achtstundentag in Amerika.

Aus dem Bericht eines belgischen Sachverständigen, der die Arbeitsverhältnisse in der amerikanischen Stahlindustrie an Ort und Stelle geprüft hat, ergibt sich, daß in den Werken, die zum großen Stahltrust gehören, der Arbeitstag durchschnittlich 12 Stunden beträgt. Dabei besteht allerdings die Achtstundenschicht weiter, jedoch nur in einzelnen Fällen und hauptsächlich nur als Grundlage für die Berechnung der Löhne, dergestalt, daß die über acht hinaus geleisteten Stunden zu 150 v. H. der gewöhnlichen Lohnsätze berechnet werden. Damit stellt sich also für den Zwölfstundentag, wie er allgemein üblich ist, eine Löhnung für 14 Stunden heraus. Den Leitern der Werke wäre eine Regelung mit drei Achtstundenschichten lieber gewesen, die Arbeiter bestanden jedoch nachdrücklich auf der angegebenen Lösung.

Die Streikgefahr in der Metallindustrie

(TU) In der gestrigen Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, an der etwa 5000 Vertrauensleute aus der Berliner Metallindustrie teilnahmen, stellte die 15er Kommission es den Arbeitern in den einzelnen Betrieben, die eine Zweidrittelmehrheit für den Streik aufbringen, frei, heute, Dienstag, früh 10 Uhr im Bureau erklären zu lassen, ob sie in den Streik treten wollen oder nicht. Die Versammlung nahm hierzu einen Antrag einstimmig an, der die getroffenen Maßnahmen der Fünfzehnerkommission gutheißt, ihr weiter volles Vertrauen entgegenbringt und schärfere Maßnahmen erwartet. Gegenwärtig befinden sich nach Mitteilung der Fünfzehnerkommission 5000 qualifizierte Arbeiter im Streik. Etwa 7000 Arbeiter sind als Gegenmaßnahme der Unternehmer ausgesperrt.

Zur Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Der Vorstand des deutschen Städtetages hat in einer Eingabe an den Reichstag zu dem Gesetzentwurf betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft Stellung genommen. In der Eingabe wird entschieden Einspruch erhoben, daß die Berechtigung des Reiches zur Uebernahme von Elektrizitätswerken sich auch dann auf die Werke in Gesellschaftshand beziehen soll, wenn daran Kommunalverbände beteiligt sind. Diese Betriebe würden viel eher einen Gegenstand der Uebernahmewirtschaft für die Gemeinden bilden, als für das Reich. Dem Recht des Reiches zur Ueberführung in Gemeinwirtschaft müsse ferner das Recht der Gemeinden überhaupt insoweit vorgehen, als es sich um Unternehmungen handelt, die in dem Rahmen des Reichs-Kommunalisierungsgesetzes fallen, also um Stromversorgungs- und Verteilungsanlagen, die für den örtlichen Bedarf arbeiten. In Bezug auf die Verteilung müsse den Gemeinden das Recht zur selbständigen Gestaltung der Tarife und Ausschußbestimmungen vorbehalten bleiben. Die jetzigen einschneidenden Eingriffe in die Heimfall- und Rückfallrechte der Gemeinden, welche im Falle der Uebernahme erlöschen sollen, müssen zurückgewiesen werden. Schwerer Schaden könne den Gemeinden daraus erwachsen, daß gut rentierende städtische Versorgungen mit schlecht rentierenden ländlichen Bezirken zusammengekoppelt werden.

Die Teuerungszulagen der Privatangestellten nicht steuerfrei.

Der Staatshaushaltsausschuß der preußischen Landesversammlung beschäftigte sich mit Anträgen, die dahin gingen, die Teuerungszulagen der Privatangestellten ebenso wie die der Staatsangestellten steuerfrei zu lassen, oder wenigstens 25 Prozent des Gesamteinkommens nicht zur Steuer heranzuziehen. Die Regierung bekämpfte diese Anträge, die nach einer Berechnung des Finanzministeriums dem Staat einen Ausfall von 41—42 Millionen bringen würden. Die Regierung erklärte, daß die Steuerfreiheit der Beamten bezüglich der Teuerungszulagen am 1. April 1920 in Fortfall komme, da das Reich bei der Uebernahme der Steuerverwaltung alle Beamtenprivilegien beseitigen wolle. Der Ausschuß erklärte daraufhin die Anträge für erledigt, zumal auch die Gemeinden durch diese Anträge 120 Millionen Mark an Steuern einbüßen würden. Staat und Gemeinden könnten keine Steuereinnahmen entbehren.

In den Kreisen der Privatangestellten wird man diese Beweisführung nicht anerkennen können. Braucht der Staat Einnahmen, so soll auch der Beamte des Reichs und der Einzelstaaten seine steuerlichen Verpflichtungen voll erfüllen. Vielleicht berechnet einmal das Reichsfinanzministerium, was das Gesetz betr. die Steuerfreiheit der Beihilfen der Beamten in den zwei Jahren seines Bestehens dem Staat an Steuerverlusten eingebracht hat.

Tagesereignisse.

— **(120 000 Gefangene auf dem Heimwege.)** In den nächsten Tagen sollen 120 000 Mann aus englischer und französischer Gefangenschaft über Düsseldorf nach Hause geleitet werden.

— **(Die Veröffentlichung der deutschen Dokumente.)** Wie der „Deutschen Allg. Ztg." mitgeteilt wird, steht die Veröffentlichung der deutschen Dokumente über die Zeit vom Serajewoer Mord bis zum Ausbruch des Krieges bereits für den Monat Oktober bevor.

— **Die Veröffentlichung des Generalstabschefs von Falkenhayn** über das Scheitern von Friedensverhandlungen mit Rußland im Jahre 1915 nach unseren damaligen großen Siegen gibt nun auch wohl die bisher vermißte Klarheit darüber, weshalb die gewaltige deutsche Truppenmacht im Osten nicht rechtzeitig für die Unterstützung unserer Heere im entscheidenden Westen wenigstens teilweise nutzbar gemacht wurde. Falkenhayn hat wohl recht, wenn er sagt, es sei die Hauptsache für uns gewesen, dem Zweifrontenkrieg ein Ende zu bereiten, selbst um den Preis jeglicher Gebietsvergrößerung auf Kosten Rußlands. Darauf wollte man sich aber in Berlin nicht einlassen, und daß viele Gründe für diesen Standpunkt gesucht wurden, zeigt, daß die Wucht der Falkenhaynschen Anregung nicht leicht bekämpft wurde. Aber es geschah durch die Ablehnung. Und dabei ist man auch später geblieben. Man wollte in Rußland halten, was man hatte, obwohl es 1917 klar wurde, daß Oesterreich-Ungarn in bedenklichem Maße zu versagen begann. Es wurde ein Va-Banque-Spiel!

— **(Die Vorbereitung des Wiederaufbaus.)** Am Dienstag beginnt die Bereisung der wiederaufzubauenden französischen Bergwerksbezirke; sie erfolgt in zwei verschiedenen Gruppen mit je fünf deutschen Sachverständigen und dehnt sich über drei Tage aus. Am Donnerstag beginnt dann die Bereisung für die Aufräumung der zerstörten Gebiete Frankreichs, und zwar in vier Gruppen mit je vier deutschen Sachverständigen.

— **(Die vorläufige Verteilung der deutschen Petroleumschiffe.)** Die Niederländische Telegraphen-Agentur meldet aus Brüssel: Die Alliierten haben sich über die vorläufige Verteilung der deutschen Petroleumschiffe geeinigt. Frankreich soll 230 000 Tonnen totes Gewicht erhalten, Belgien 12 000 und Italien 6000 Tonnen. Großbritannien erhält ¾, die Vereinigten Staaten erhalten ¼ der übrigbleibenden Schiffe.

— **(Schwere Zusammenstöße mit französischen Soldaten in Saarbrücken.)** Wie aus Saarbrücken berichtet wird, ist es in diesen Tagen zwischen Saarbrücker Bürgern und französischen Soldaten zu einem schweren Zusammenstoß gekommen, woran auf französischer Seite etwa 100 Mann beteiligt waren. Auf beiden Seiten gab es Verletzungen. Ungefähr 15 deutsche Bürger wurden wegen Angriffs auf französische Militärpersonen verhaftet.

— **(Das Friedensbedürfnis Rußlands.)** Nach einem Telegramm aus Kopenhagen besagen Berichte aus Petersburg, daß der dortige Sowjet die Moskauer Regierung ermächtigt hat, mit dem Verbande Frieden zu schließen. Dieser Beschluß ist eine Folge der furchtbaren Not, die in Petersburg herrscht. Der Mangel an Lebensmitteln ist andauernd noch sehr groß, und da es vollkommen an Brennmaterial fehlt, wird jetzt damit begonnen, die Holzhäuser der Stadt niederzureißen, wodurch die Wohnungsnot noch vergrößert wird.

— **(Drei deutsche Soldaten in Riga ermordet.)** Aus Mitau wird gemeldet: Der im Nachrichtendienst des Korps des Grafen Nellen stehende Freiwillige, Oberlehrer Edgar Bermann, der im politischen Leben Rigas eine große Rolle spielte, wurde mit drei Kameraden ermordet. Auf Grund der sofort eingeleiteten Untersuchung wurden bereits 28 Verhaftungen vorgenommen. — Mit der Stellvertretung des Grafen Goltz wurde General Hagermann betraut. Hagermann traf bereits in Mitau ein und trat seinen Dienst an.

— **(Die Waffenlieferungen an die Tschecho-Slowakei.)** Der bayerische Landtag wird Anfang Oktober zusammentreten und sich sofort mit der hohen Politik zu beschäftigen haben. Es liegt ein Antrag der mittleren Parteien vor, der die sofortige Einstellung der Waffenlieferungen an die Tschecho-Slowakei verlangt. Entgegen den Dementis über die Waffenlieferungen, die von Berlin aus an die Presse gehen, sind nämlich die Waffenlieferungen an die Tschecho-Slowakei noch nicht eingestellt worden.

— **(Auch in England eine Vermögensabgabe.)** „Manchester Guardian" schreibt, daß im englischen Ministerrat der Plan einer einmaligen Vermögensabgabe für die großen Vermögen in Vorbereitung sei, und daß die Abgabe bis 35 Prozent betragen solle, sofern die Vermögen nicht wirtschaftlichen und erwerblichen Zwecken zugeführt werden.

— **(Uebernahme österreichischer Eisenbahn-Betriebsmittel durch Preußen.)** Da die österreichische Staatsbahn infolge des Friedensvertrages verkleinert wird, sind zahlreiche Betriebsmittel überflüssig geworden. Die preußische Staatsbahn übernimmt einen Teil davon. Dazu gehören auch mächtige erstklassige Schnellzugslokomotiven, sechsachsig, mit Treibachse und vier Zylindern. Da sich diese Art von Lokomotiven im Voralpenlande gut bewährt hat, wird sie auch die hohen Zuggewichte im Berliner Fernverkehr, beispielsweise auf der Strecke Berlin—Frankfurt, leicht bewältigen.

— **(Deutsche Instrukteure für Japan?)** Die Zeitung Vaderland entnimmt einem Privatbrief aus Deutschland die Mitteilung, daß Japan im geheimen deutsche Offiziere und Unteroffiziere, die während des Krieges praktische Erfahrungen gesammelt hätten, für das japanische Heer als Instrukteure anwerbe. Der erste Transport dieser neuen Instrukteure sei bereits nach Japan abgegangen.

— **Der Kultusminister Haenisch** tritt am Donnerstag eine Reise nach Pommern an, über deren Zweck er sich einem Mitarbeiter des einmal wegen der Schulstreiks und andererseits wegen gewisser Schulangelegenheiten dringend erforderlich. Es hätten sich in Pommern zahlreiche Konflikte ergeben, die das staatliche Eingreifen des Ministers geboten erscheinen ließen, so die Absetzung von Kreisschulinspektoren, die angebliche Maßregelung von Lehrern usw. Diese Vorgänge seien eine Parallelerscheinung zu den Streitigkeiten zwischen Land und Landarbeiterschaft, zwischen Militär und Zivilbehörden. Auch der Universität Greifswald wolle er einen Besuch abstatten. Die Stadt Greifswald möchte gern ihre Hand auf die großen Universitätsgüter legen, und deshalb sei es zu einem Konflikt zwischen der Stadtverwaltung und der Universität gekommen.

— **(Schülerstreik in Koburg-Gotha.)** In fast allen ländlichen Schulen Koburg-Gothas besteht seit gestern der Schülerstreik. Die Eltern verlangen unter Androhung der Steuerverweigerung die Zurücknahme des Religionserlasses, den Rücktritt des unabhängigen Schulinspektors Jakoby und die Wiedereinsetzung der entlassenen Schulinspektoren.

— **(Die Oeffnung der Personalakten der Beamten.)** Der Artikel 120, Absatz 3, der Reichsverfassung macht augenblicklich der Regierung allerhand Kopfschmerzen. Dieser Artikel gibt den Beamten das Recht, die Oeffnung der Personalakten zu verlangen und Eintragungen in diese Akten, die neu gemacht werden sollen, vorher einzusehen. Man weiß in der Regierung nicht recht, wie man diesen Passus der Verfassung auslegen soll, und es scheint fast, als bestänben bei den Reichs- und Staatsbehörden Zweifel darüber, ob diese Bestimmung in der Richtung ausgelegt werden muß, daß den Beamten ohne weiteres Einsicht in ihre Personalakten zu gewähren ist. Wahrscheinlich befürchtet man, daß sich aus einer solchen Einsichtnahme der Personalakten aus der Zeit vor der Revolution eine ganze Menge von Beleidigungsprozessen ergeben werden, da ja in die Personalakten auch private Mitteilungen von dritter Seite aufgenommen worden sind. Ohne Zweifel ist die praktische Handhabung der Angelegenheit nicht einfach.

— **(Rücktritt des preußischen Ernährungsministers.)** Der Reichswirtschaftsminister Schmidt ist auf seinen Wunsch von dem von ihm mitverwalteten Amt des preußischen Staatskommissars für Volksernährung wegen Arbeitsüberlastung entbunden worden. Zu seinem Nachfolger ist der Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Peters bestellt worden, der bisher schon bei der Tätigkeit des preußischen Staatskommissars hervorragend beteiligt war. Die sachlich erwünschte Fühlung mit dem Reichswirtschaftsministerium bleibt somit erhalten. Irgendein Systemwechsel tritt nicht ein.

— **(Keine Verstaatlichung des Bergbaus in Bayern.)** Die bayerische Regierung beantragt eine Aenderung des Berggesetzes, wonach verliehene Bergwerke sechs Monate nach der Verleihung in Betrieb genommen werden müssen. Ferner soll die Regierung das Recht einer verstärkten Aufsicht über die Bergwerke erhalten. Ausdrücklich wird jedoch bemerkt, daß eine Verstaatlichung des gesamten Bergbaus aus Gründen der Wirtschaftlichkeit nicht in Frage kommen könne, daß aber die gemeinwirtschaftliche Beeinflussung des Bergbaus durch die Regierung verstärkt werden müsse.

— **Die Kohlenkatastrophe** in Berlin hat sich seit Sonnabend weiter verschlimmert, da es in der Zwischenzeit den maßgebenden Stellen nicht gelungen ist, neue Kohlenvorräte sich zu sichern. Eine Rundfrage, die die N. B. Z. bei den Berliner Gasanstalten machte, ergab, daß diese durchschnittlich nur für 40 bis 72 Stunden Kohlenvorrat haben, während die Elektrizitätswerke noch für vier bis fünf Tage Kohlen besitzen. Der Reichskommissar konnte der Berliner Kohlenstelle bisher keinerlei greifbare Aussichten eröffnen. Eine Katastrophe dürfte demnach nicht zu vermeiden sein, wenn nicht in den nächsten 72 Stunden ausgiebige Kohlenzufuhren eintreffen.

Sechsfacher Lohn, dafür ein Drittel der Leistung.

Das Zentralorgan der offiziellen Sozialdemokratie, der „Vorwärts", beschäftigt sich jetzt mit auffälligem Nachdruck mit den Zuständen in den Eisenbahnwerkstätten. Er kennzeichnet besonders das rapide Fallen der Arbeitsleistung in folgenden Ausführungen: „In welchem Maße sie heruntergegangen ist, dafür gibt der Ausgang der Werkstätten, d. h. die Zahl der reparierten Lokomotiven, Personen- und Güterwagen, die sie herausbringen, zwar kein mathmatisch genaues Bild, aber einen ungefähren Anhalt. Es mögen dafür nur Zahlen aus einer größeren östlichen Hauptwerkstätte genannt werden, die deshalb vergleichsfähig sind, weil hier der wohl vereinzelt dastehende Fall vorliegt, daß während des Krieges und bis zur Stunde die Arbeit auch nicht einen Tag durch Streik unterbrochen worden ist. Man kann daher nicht sagen, daß Streiks einen Einfluß auf die Leistung ausgeübt haben. Es wurden hier 1913 wie 1914 — auf 100 Arbeiter gerechnet — durchschnittlich 20 Lokomotiven vierteljährlich herausgebracht, in den Kriegsjahren 1915, 16, 17 gelang es, die Leistung trotz der Hinzunahme weniger leistungsfähiger Arbeitskräfte (Jugendliche, Frauen, Kriegsgefangene) auf 25 zu steigern. 1918 trat in den ersten Vierteljahren ein kleiner Rückgang auf etwa 19 ein, dann sank die Leistung im ersten Vierteljahr 1919 auf 11, im zweiten auf 8 Lokomotiven. Aehnlich liegen die Verhältnisse im Wagenbau. Und das bei Lohnsummen, die sich von 1,8 Millionen 1914 und 1915 auf 2,5, 3,8, 5,5 und schließlich 11 Millionen, auf das Jahr berechnet, erhöht haben."

Also: Arbeitsleistung nur noch $^{5}/_{25}$ = ca. ein Drittel,

Lohn hiergegen $^{11}/_{1,8}$ = das Sechsfache. Von Akkordarbeit will der „Vorwärts" jedoch trotz alledem nichts wissen. Er will die Sache mit „Aufklärung" machen:

„Gedruckte Worte tuns freilich nicht, notwendig ist die Propaganda, die unmittelbare Wirkung des lebendigen Wortes, der Tabelle, des Bildes und der Tat. Der Techniker zeige der gesamten Arbeiterschaft mit Erklärungen in Tabellen die Leistung an herausgebrachten Fahrzeugen, Arbeitstagen, Arbeiterzahlen und Löhnen, damit jeder nicht nur in allgemeinen Redensarten, sondern am Bilde der eigenen Leistungen und der seiner Mitarbeiter erschüttert erkennt, wie die Leistung heruntergegangen ist. Besonders der Film, dem man so oft seine verderbliche Wirkung vorwirft, sei jetzt ein Helfer bei der Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft. Er kann zeigen, wie gearbeitet wird und wie gearbeitet werden kann. Neue, zeit- und arbeitsparende Verfahren aus anderen Werkstätten oder aus Versuchswerkstätten können kinematographisch vorgeführt und Anwendungen ungewohnter Werkzeuge und Maschinen gezeigt und handrecht gemacht werden, alles in lebendiger und interessanter Darstellung."

Zu dem endlosen Politisieren der Arbeiter, dem Urquell der Eisenbahnnot, nun auch noch Kino-Vorstellungen in den Betrieben!

Kommunistische Agitationsweise.

Einer Meldung der „Hamburger Nachr." zufolge fand Anfang September eine Zusammenkunft kommunistischer Vertrauensleute statt, an der auch ein russischer Agitator namens Dr. Lewandowski teilnahm. Dieser gab verschiedene Richtlinien für das weitere Verhalten der Kommunisten. Es wurde für wünschenswert gehalten, um zu der Diktatur des Proletariats nach russischem Muster zu kommen, alle bisher angestellten Putschversuche aufzugeben. Im Januar würde das Volk durch die Kohlennot, die Arbeitslosigkeit und den Hunger reif zur Revolution sein. Man hofft in den Kreisen der Kommunisten auch auf die heimkehrenden Gefangenen, deren seelische Depression man besonders für die Bearbeitung ausnutzen will. Das Verhalten zu den Regierungstruppen soll geändert werden. Das Schimpfen soll eingestellt, dafür ein freundschaftlicher Verkehr angebahnt werden. Zur Bearbeitung der Regierungstruppen sollen Mädchen benutzt werden. Die Wirtschaftsbesitzer sollen veranlaßt werden, Getränke unter Preis an Regierungssoldaten abzugeben. Der Preisunterschied soll mit Hilfe von Mittelspersonen von der Partei getragen werden. Auch Waffen und Munition sollen heimlich verausgabt werden. Angestrebt werden soll ferner eine umfangreiche Agitation in den Munitionsfabriken, um die Arbeiter zu veranlassen, für die Regierungstruppen keine oder unbrauchbare Munition herzustellen.

Kleine Anfragen in der preussischen Landesversammlung.

In der preußischen Landesversammlung hat der Abgeordnete Dr. Heß folgende Kleine Anfrage eingebracht: Durch den Friedensvertrag und seine Folgen hat sich der Winzerschaft höchste Beunruhigung bemächtigt. Die Frage des Zuckerzusatzes, die Verwendung des Tresterweins, die Frage der Ausnutzung der Treber zu Brennzwecken, sowie die Frage der Weinsteuer sind Lebensfragen für den Winzerstand. Ist die Staatsregierung bereit, alsbald die Berufung eines Weinparlaments zu veranlassen, um mit ihm diese schwierigen Fragen zur Klärung zu bringen und dadurch einem großen uralten Stande früh genug die Möglichkeit zu bieten, sich auf die kommenden Zeiten einzurichten. Ist sie besonders bereit, zu diesem Weinparlament auch den kleinen Winzer in einem Stärkeverhältnis zuzuziehen, das es ihm möglich macht, seine Lebensinteressen nach allen Seiten zu wahren?

Die deutschnationale Fraktion wendet sich in folgender Kleinen Anfrage gegen die Judeneinwanderung: Nach Ausbruch der Revolution sind täglich Hunderte, ja Tausende galizischer und polnischer Juden aus ihrer Heimat geflüchtet, um der zwangsweisen Einstellung in die polnische Armee zu entgehen, und nach Deutschland eingewandert. Sie nehmen den deutschen Volksgenossen Brot und Wohnungsmöglichkeiten. Zahlreiche Familien deutscher Krieger können keine Unterkunft finden, aber täglich werden Tausende jüdischer Einwanderer aus Polen und Galizien — auch aus Rußland — nach Deutschland hereingelassen und vermehren das Elend der deutschen Bevölkerung. Dazu ist eine Auswanderung von Millionen meist gerade aus Arbeiterkreisen stammender deutscher Volksgenossen zu erwarten, die uns zu schade sind als Kulturdünger für fremde Völker. Ein großer Teil der zumeist mittellosen Juden verfällt in kurzer Zeit dem Verbrechertum, wie die Verhandlungen vor den Berliner Ferienstrafkammern in den Fällen Raphael Gelbblum, Moische Wasserschleim und Josua Mandelblüth erweisen. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um eine weitere Zuwanderung von Ostjuden zu verhindern?

Aus eigener Kraft!

Aus kleinen Anfängen heraus, ganz aus eigener Kraft, nur mit den geringen, nach Pfennigen und Groschen zählenden Beiträgen ihrer Mitglieder, haben die Kriegervereine große Leistungen auf dem Gebiete des Unterstützungswesens aufzuweisen. In den letzten Jahren vor dem Kriege haben die deutschen Kriegervereine aus ihren Vereins- und Verbandskassen im ganzen jährlich rund 7 Millionen Mark zahlen können. Sie haben Unterstützungskassen für Kameraden und für deren Witwen geschaffen, sie unterhalten Waisenhäuser und zahlen Erziehungsbeihilfen für bedürftige Kriegerwaisen. Für allgemeine Notstände bestehen besondere Notstandsfonds: als im Jahre 1903 die großen Ueberschwemmungen in Schlesien waren, wurden am Tage nach der Katastrophe 30 000 Mark telegraphisch angewiesen; es war die erste Unterstützung, die den Betroffenen zuteil wurde. In den letzten fünf Jahren vor dem Kriege haben die Kriegervereine allein für ihre Hinterbliebenenfürsorge verausgabt: aus den Vereinskassen 8 165 914 Mark an Sterbegeldern, 4 143 097 Mark an Begräbniskosten, 1 755 000 Mark an Witwenunterstützungen: aus den Verbandskassen 926 466 Mark an Witwenunterstützungen und 1 335 651 Mark für Waisenpflege, im ganzen 16 386 128 Mark, durchschnittlich jährlich rund 3¼ Millionen Mark. In den fünf Waisenhäusern der norddeutschen Kriegervereine, mit einer Belegungsstärke von 554 Kindern, herrscht der Grundsatz: „Freie Bahn den Tüchtigen." Kinder mit guten Anlagen werden mit großen Opfern zu gehobenen Berufen ausgebildet.

*

Wiederaufnahme der Schweinemast für die öffentliche Hand.

Die Schwierigkeiten der Fleischversorgung während der letzten Kriegsjahre hingen im wesentlichen damit zusammen, daß das Schwein, das früher ⅔ des Fleischkonsums deckte, für die allgemeine Fleischversorgung wegen Mangels an Futtermitteln so gut wie völlig ausfiel. Auch jetzt kann, ehe die Brotversorgung gesichert ist, an eine Freigabe heimischer Schweinemastfuttermittel, insbesondere der Gerste, vorerst nicht gedacht werden. Dagegen soll mit ausländischen Futtermitteln, die in beschränktem Maße eingeführt werden konnten, wieder ein Anfang mit der Schweinemast für die öffentliche Hand gemacht werden. Die Landeszentralbehörden, denen die Futtermittel zugewiesen werden, sind vom Reichsernährungsministerium ermächtigt worden, Viehverwertungsgenossenschaften oder ähnliche Organisationen mit der Verteilung der ausländischen Futtermittel und dem Abschluß einer der Menge der Futtermittel entsprechenden Zahl von Mastverträgen zu beauftragen und mit Kommunalverbänden und einzelnen Gemeinden Abnahmeverträge zu einem Preise abzuschließen, der den durch die Verwendung der ausländischen Futtermittel bedingten höheren Gestehungskosten entspricht. Die Vertragsabschlüsse der Viehverwertungsgenossenschaften mit den Schweinehaltern und den Kommunalverbänden usw. unterliegen der Aufsicht und Genehmigung der Landeszentralbehörden sowie des Reichsernährungsministeriums. Nach überschlägiger Berechnung stellt sich das im Inland mit den an sich sehr teuren ausländischen Futtermitteln zu erzeugende Schweinefleisch erheblich billiger als das aus dem Ausland bezogene Fleisch, wozu noch als weiterer Gewinn die Förderung der Produktion im Innland kommt.

*

272000 Mark geraubt.

Das Opfer eines Raubüberfalles ist der in Spielerkreisen sehr bekannte Kaufmann Simon Wolff aus der Pasauer Straße 11 in Charlottenburg geworden. Um 7½ Uhr morgens erschienen in der Wohnung des Wolff vier Männer, von denen der eine die Uniform eines Polizeiwachtmeisters trug. Sie erklärten dem Wolff, der vor kurzer Zeit aus Russisch-Polen nach Berlin übergesiedelt ist, daß er unter Spionageverdacht stehe und sie daher mit der Durchsuchung der Wohnung beauftragt seien. Während zwei der Räuber den Kaufmann mit vorgehaltenem Revolver bedrohten, durchsuchten die anderen die Wohnung und raubten 272 000 Mark bares Geld, darunter 180 Stück Tausendmarkscheine, und fünf Zwanzigmarkstücke in Gold, sowie eine Anzahl wertvoller Schmuckgegenstände. Wolff wurde dann aufgefordert, mit den angeblichen Kriminalbeamten nach dem Polizeipräsidium zu fahren. Er bestieg mit zweien der Männer ein kleines Automobil, das bereits wartend vor dem Hause stand; die anderen Besucher entfernten sich. Das Automobil schlug aber nicht den Weg nach dem Präsidium, sondern gegen Spandau ein. In der Junkerheide hielt der Wagen und der Ueberfallene wurde wieder mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, auszusteigen. Die Räuber fuhren dann davon. Wolff, der, wie gesagt, ein sehr eifriger Spieler war, soll, wie man sich in eingeweihten Kreisen erzählt, in den Tagen große Summen gewonnen haben. Dieses außerordentliche Spielerglück mag sich herumgesprochen und die Räuber zu dem Raubzug veranlaßt haben.

Weitere Nachrichten.

(Einziehung der 50-Marknoten.) Das Reichsbankdirektorium erläßt folgende Bekanntmachung: Die Verordnung, betreffend Einziehung der Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum vom 20. Oktober 1918 ist trotz der mehrfachen Veröffentlichung in der Presse noch vielfach unbekannt oder falsch verstanden worden. Diese 50-Marknote hatte bis zum 10. September die Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel, von diesem Tage an ist nur die Reichsbankhauptkasse zur Einlösung verpflichtet. Diese Einlösungspflicht erstreckt sich bis zum 10. Oktober nächsten Jahres, so daß die direkte Einsendung an die Reichsbankhauptkasse nicht überstürzt zu werden braucht. Den Besitzern der Note stehen zur Einlösung zwei Wege offen, die Einsendung unmittelbar an die Reichshauptkasse oder mittelbar durch die ihr Konto führenden Geldinstitute, die Bankgeschäfte, Sparkassen, Genossenschaften oder Gemeindegirokassen, soweit sie dazu bereit sind. Im letzteren Falle würden die Noten angesammelt und in größeren Posten eingesandt. Die Besitzer werden aus Bequemlichkeitsgründen besser tun, den zweiten Weg einzuschlagen. Den Einsendern ist im eigenen Interesse zu empfehlen, die Nummern des Postscheckkontos oder des Reichsbankgirokontos anzugeben, auf welches die Reichsbankhauptstelle den vollen Wert gebührenfrei überweist. Unterbleibt diese Angabe, so erfolgt die Rücksendung des Gegenwertes durch Zahlungsanweisung unter Abzug des Portos. Die Einreichung eines Nummerverzeichnisses erübrigt sich. Dagegen ist den eingesandten Noten ein Begleitschreiben mit den besonders deutlichen Namensunterschriften der Adressaten, sowie mit Angabe des einzulösenden Betrages beizufügen. Bei dem außerordentlichen Andrang ist zur Zeit auf eine umgehende Erledigung der schriftlichen Einlösungsanträge nicht zu rechnen.

— **Auch die Universitäten werden teurer.** Das preußische Kultusministerium teilt jetzt den Universitätskuratoren in einem Runderlaß mit, daß mit Rücksicht auf die allgemeine Preissteigerung an den Universitäten erhöht wird: das Auditorengeld von 5 auf 10 Mk., für Ausländer auf 20 Mk., ebenso die Institutsgebühr. Desgleichen werden die Praktikantenbeiträge um 100 Prozent gesteigert, und auch hier sollen die Ausländer doppelt so viel bezahlen als die Inländer. Die Oesterreicher sind künftig hinsichtlich der in die Staatskasse fließenden Gebühren den Reichsinländern gleichgestellt.

— **Fleischhebung auf dem Brocken.** Im Brockenhotel wurden auf Veranlassung des Kreisveterinärrats nicht weniger als 148 Pfd. Schweinefleisch, 125 Pfd. Rindfleisch, 27 Pfd. Kalbfleisch und 10 Pfd. Hammelfleisch sowie 20 Pfd. Knochen und eine Schüssel mit Rapsfülze beschlagnahmt.

— **Ein groß angelegter Schwindel** mit politischem Hintergrund wurde in Detmold in den letzten Tagen ausgeführt. Eine sehr vornehm auftretende Gesellschaft, Damen und Herren, darunter zehn Herren in Offiziersuniform, hatten in einem der ersten Gasthöfe in Detmold Wohnung genommen. Die Herren ließen es sich sehr angelegen sein, unter Berufung auf hervorragende militärische Größen in Deutschland, für einen sogenannten „Hermannsbund" zu werben, der auch das Ziel verfolgt, Kaiser Wilhelm II. wieder an die Spitze des Reiches zurückzuführen. Da die Werber die Mitgliedsgelder für den Bund, die in die hunderte und tausende Mark gingen, sofort einkassierten, lebte die Gesellschaft herrlich und in Freuden, bis eines Tages eine Bank in Detmold einen Scheck nicht in Zahlung nahm. Da wurde der Gesellschaft in Detmold der Boden zu heiß, und eines Tages war sie spurlos verschwunden. Nach neueren Nachrichten sollen die Mitglieder der Schwindlergesellschaft teils in Berlin, teils in Swinemünde usw. verhaftet sein.

— **Mit einem Flugzeug um die Welt.** Wie die T.-U. zuverlässig erfährt, beabsichtigt der 24-Stundenflieger Weltmeister Böhm in Berlin einen Flug um die Welt mit einem neuen absturzsicheren Flugzeug zu machen. Bei dem Weltflug soll das Flugzeug auf der Erde ständig von zwei eigens konstruierten Zweiradautomobilen von bedeutender Geschwindigkeit und geringem Gewicht begleitet sein. Diese Nachricht ist geeignet, in der ganzen Welt Aufsehen zu erregen und neue Wege in der Konstruktion der Motorfahrzeuge der Luft und Erde zu weisen.

*

Kleine Nachrichten.

„Telegraaf" berichtet aus Brüssel, daß das belgische Königspaar und Prinz Leopold von Ostende nach Amerika abgereist sind.

„Algemeen Handelsblad" berichtet aus Jerusalem vom 9: Der Provinzialrat der Juden von Palästina hat den Vorschlag einer jüdischen gesetzgebenden Versammlung verworfen.

Die estnische Regierung hat Herrn Eduard Wilde zum diplomatischen Vertreter in Berlin ernannt.

„Telegraaf" meldet aus Brüssel, daß die belgischen Besatzungstruppen in den Rheinlanden an den belgischen allgemeinen Neuwahlen teilnehmen werden.

Die preußische Staatsregierung ernannte den Amtsgerichtsrat Dr. Belzer aus Sigmaringen zum Präsidenten der Regierung zu Sigmaringen.

Unter dem Titel „Echo du Rhin" erscheint in Mainz seit Montag eine französische Tageszeitung als erstes derartiges Unternehmen im Rheinland.

Der teilweise beleglose Geldverbrauch der Soldatenräte des ehemaligen 18. Armeekorps beträgt mindestens anderthalb Millionen Mark.

In der Senatskommission für Heereswesen erklärte Senator Paul Doumer, die militärische Dienstzeit in Frankreich könnte ohne Gefahr auf 1 Jahr herabgesetzt werden.

Vom Glück vergessen.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

47. Fortsetzung.

Achzehntes Kapitel.

Der Morgen dämmerte heran, und das Leben im Hause erwachte allmählich. Der Sturm hatte nachgelassen, doch noch immer regnete es; eintönig klang das Geräusch des aufschlagenden Regens auf die Fensterbleche.

Es fröstelte Gwendoline in dem dünnen ausgeschnittenen Kleide, über das sie einen Schal geworfen. Sie war übernächtig, und das Schlafbedürfnis machte sich geltend. Doch sie bezwang sich. Vor der ersten Begegnung mit der Kommerzienrätin fürchtete sie sich, die sicher an ihr, der Unschuldigsten von allen, ihren Zorn nochmals auslassen würde. Und ihre Befürchtung war nicht grundlos. Gegen ihre sonstige Gewohnheit war Frau Likowski schon in aller Frühe auf, und ihre Stimme schallte laut und scheltend durch das Haus.

Gwendoline wurde zu ihr befohlen: sie saß mit Blanka am Kaffeetisch. Und jetzt legte sie sich keine Zurückhaltung mehr auf. Alle Bitternisse gedemütigten Stolzes, tiefster Scham hatte Gwendoline zu durchkosten. Alle Wohltaten, die man ihr und ihrer Familie erwiesen, wurden ihr vorgeworfen: vom genossenen Abendbrot bis zum geschenkten Kleid und Landaufenthalt, nichts wurde ihr erspart, mit den verächtlichsten Bemerkungen über ihren Vater, ihre Mutter, ihre gesellschaftliche Stellung, und Blanka verfehlte nicht, ihre Bemerkungen dazwischenzustreuen.

Da empörte sich das gute Gewissen in Gwendoline, daß sie nicht länger schweigen konnte. Sie trat einen Schritt vor und streckte abwehrend den Arm aus.

„Halt, Tante Likowski, ich darf das nicht mitanhören! Meine Eltern lasse ich nicht schmähen! Verdammen Sie die Handlungsweise meines Bruders, so viel Sie wollen — mehr als ich es tue, können Sie es auch nicht — — aber meine Eltern, die lassen Sie, bitte, in Frieden! Meine Mutter war wahrhaftig nicht für des Lebens Kampf erzogen — und mein Vater auch nicht! Er war ein Edelmann vom Scheitel bis zur Sohle. Vergessen Sie nicht, daß er einmal in der Lage war, dem Herrn Likowski einen sehr großen Dienst zu erweisen! — Daß er nicht kaufmännisch hat rechnen können, war sein Verhängnis. Und meine Mutter und ich haben nun darunter zu leiden! Für die Güte, die Sie uns erwiesen haben, sind wir Ihnen sehr dankbar gewesen, und ich habe mich bemüht, es auch durch die Tat zu beweisen — ich denke, Hanna war mit mir zufrieden! Ich werde mich weiter bemühen, daß ich Ihnen die baren Auslagen für mich auch ersetzen werde — —"

Blanka stieß einen höhnischen Laut aus. „Wovon denn? Rede nicht so große Töne. Eine! Halt, ja — — Ihr habt ja das Testament Hannas, das den saubern Maite zum Universalerben einsetzt — da kannst du ja schon reden."

Mit zornigem, schmerzlichem Blick sah Gwendoline auf die Vorlaute. „Blanka, das hab ich nicht verdient, das war nicht vornehm von dir gesprochen, da du meine Meinung darüber genau kennst! Was ich jetzt habe anhören müssen, verbietet mir eigentlich ein längeres Verweilen hier und ein Wiederkommen — — dennoch muß es sein, vorausgesetzt, daß Hanna mich noch sehen will —! Ich möchte die Testamentsangelegenheit zu Ihrer Zufriedenheit ordnen!"

Ungläubig sahen die beiden Damen das blasse, stolze Mädchen an.

„Wie, du wolltest — —"

Gwendoline verzog den Mund zu einem bittern Lächeln. Sie nickte

„Ja, ich will! Ich möchte nicht vor Ihnen als Erbschleicherin dastehen; von diesem Vorwurf wenigstens will ich versuchen, mich zu reinigen! Ich will mein möglichstes tun, Hanna zu bewegen, daß sie das Testament vernichtet! Sobald sie sich erholt hat! So lange müssen Sie meine Gegenwart noch dulden! Ich werde mich bemühen, Ihnen so wenig wie möglich vor Augen zu kommen."

Blanka war doch etwas beschämt; sie konnte den vorwurfsvollen, anklagenden Blick Gwendolines nicht ertragen und bröckelte an ihrer Frühstückssemmel herum. Sie fühlte wohl, welches Unrecht sie ihr getan.

In den Augen der Kommerzienrätin leuchtete es auf — wenn es Gwendoline gelingen würde, was sie sich vorgenommen! Denn Hannas großes Vermögen durfte doch Blanka auf keinen Fall entgehen! Salbungsvoll sagte sie, etwas einlenkend: „Dir, Gwendoline, Vorwürfe zu machen, hat mir gänzlich ferngelegen. Doch du kannst begreifen, daß man nach einem solchen Tage wie dem gestrigen, aufgeregt und nervös ist und seine Worte wirklich nicht wägt! — Tue, was dir dein Gewissen vorschreibt! Du bist uns nach wie vor willkommen! Du verstehst ja am besten mit unserem armen Hannchen umzugehen! — Das Stubenmädchen hat dir doch schon Kaffee gebracht? Nein? — Das ist doch unerhört, diesen meinen Auftrag zu vergessen! — Setze dich vor allem und stärke dich!"

Jetzt fiel ihr mit einem Male das blasse überwachte Gesicht Gwendolines auf, und sie ließ nicht nach, bis das junge Mädchen sich ihrem Willen unterwarf und eine Tasse von dem starken heißen Getränk zu sich nahm, das sie doch etwas belebte und durchwärmte.

*

Hanna lag noch immer in tiefem Schlaf, so daß Gwendoline zu ihrer Mutter fahren konnte, um sich umzuziehen.

Die Baronin Reinhardt saß müde am Fenster, als die Tochter zu ihr ins Zimmer trat. So elend und gealtert sah sie aus, daß Gwendoline von ihrem Anblick erschüttert wurde.

„Hast du Nachricht von ihm?"

„Nein, Mama, ich nicht."

„Er hat sich etwas angetan, Gwendoline!" schrie die Baronin. „Der arme Junge hat nicht mehr ein noch aus gewußt! — Er hat schwer gekämpft! Er hat Hanna nicht heiraten können, weil sie seinen Schönheitssinn nicht befriedigte."

„Aber ihr Geld hat ihn gelockt! Spare dir für den Lump jede Entschuldigung, Mutter," sagte Gwendoline hart, „nenne ihn nicht vor mir! Was hab ich vorhin für Demütigungen seinetwegen einstecken und dazu schweigen müssen! Er hat sich in Sicherheit gebracht, und wir müssen die Suppe auslöffeln, die er sich eingebrockt hat! Ich kann ihm nicht verzeihen! Und wenn er jetzt todkrank hier vor mir läge und mich um Vergebung anflehte — ich könnte es nicht, Mutter, wahrhaftig — ich könnte es nicht!"

Die Baronin brach in lautes Weinen aus. „Versetze dich in seine Lage! Er und Hanna! Ein so ungleiches Paar — wie hart du denkst!"

„Warum hat er denn um Hanna geworben, über die er, wie du selbst gehört, oftmals in lieblosester Weise gespottet hat? Verteidige ihn nicht, Mutter! Einen gewissenlosen als ihn trägt der Erdboden nicht! — dich ein wenig nieder — du siehst zum aus! Und kalt ist es hier! Ich will Feuer machen, damit du eine warm hast! Alles Reden über das Geschehene hat keinen Zweck mehr — jetzt heißt es: — Ich muß mich umziehen und dann wieder zu Hanna gehen!" — —

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen u. Rheinland.

Kriegsgefangenen-Heimkehr.

Kamen, 23. Sept. Sonnabend abend 9 Uhr trafen im Lager Munster 1356 heimkehrende Kriegsgefangene aus allen Teilen Deutschlands im Lagerbahnhof ein. Zum offiziellen Empfang waren außer dem Kommandeur des Lagers, Major v. Alten, Major Karwiese vom Kriegsministerium in Berlin erschienen. Der Kriegerverein und der Gesangverein Munster beteiligten sich auch am Empfang. Eine Schar Schwestern verteilten Liebesgaben, und mit Hilfe der Schuljugend wurden die Heimkehrenden mit Blumen geschmückt. Die Begrüßungsansprache hielt Major v. Alten als Kommandeur des Durchgangslagers. In kurzen, zu Herzen gehenden Worten hieß er die Angekommenen willkommen und versicherte ihnen, daß die Heimat alles tun würde, um sie die Leiden der jahrelangen Gefangenschaft vergessen zu lassen.

Die Heimgekehrten kamen aus dem Sammellager Meteren bei Ypern. Am 15. September wurden sie in Bailleul verladen und erzählten, daß ihnen während der letzten 14 Tage die Arbeit in dem Gefangenenlager erlassen worden sei. Während der Heimreise hatten sie teilweise unter den Beschimpfungen der fanatischen belgischen Bevölkerung zu leiden, so wurden sie bei Namur und Lüttich mit Steinen beworfen. Um so froher waren sie, als sie die heimatliche Grenze erreicht hatten und dem Vaterlande wiedergegeben waren. Ein großer Teil des Transports hat während der Sommer-Offensive 1918 unter den schwersten Bedingungen in den Steinbrüchen bei Calais arbeiten müssen, erst nach der Revolution sind die Gefangenen stellenweise besser behandelt worden. Infolgedessen sahen sie durchweg sehr gut aus, nur die Bekleidungsstücke waren teilweise sehr stark abgenutzt. Die Heimgekehrten werden zwei bis drei Tage im Lager bleiben, um dann, nachdem sie neue Anzüge usw. erhalten haben und ihre Versorgungsansprüche geregelt sind, in die Heimat entlassen zu werden.

*

Kamen, 23. Sept. **(Verschiedenes.)** Der **Rheinisch-Westfälische Landesverband der Konsumwarenhändler** (Sitz Essen, Posastraße 35) hält am 29. September, vormittags 10 Uhr, im Städtischen Saalbau zu Essen seine diesjährige Vertreterversammlung ab. Außer den inneren Verbandsangelegenheiten stehen die wichtigsten, den Lebensmittelkleinhandel berührenden Fragen, wie Abbau der Zwangswirtschaft, Preisbemessung für die rationierten Waren, Kommunalisierung des Lebensmittelhandels, Abschluß von Tarifverträgen, neuen Steuern usw. auf der Tagesordnung.

Nach einer neueren Anordnung müssen die **Eisenbahnpaketadressen** nunmehr die Art der Verpackung und den Inhalt der Sendung enthalten.

Das ehemalige Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 30 ist im Besitze von Geldern zur Unterstützung von Witwen und Waisen gefallener Unteroffiziere und Mannschaften des Regiments. Anträge unter Angabe der genauen letzten Feldadresse des Gefallenen oder Vermißten, sowie der Familien- und Vermögensverhältnisse der Gesuchsteller — mit einer Begutachtung der zuständigen Ortsbehörde über die Bedürftigkeit und Würdigkeit sind bis spätestens zum 1. November 1919 an Zahlmeister Irsch, Kassenverwaltungs-Abwicklungsstelle J. R. 30, in Blankenburg-Harz einzusenden.

(Beschleunigte Erledigung der Versorgungsanträge.) Das Kriegsministerium weist in einem Rundschreiben vom 26. 7. 1919 darauf hin, daß die Versorgungsangelegenheiten in vielen Fällen eine recht erhebliche Verzögerung in der Bearbeitung erleiden, weil aus den Eingaben der Antragsteller oft nicht ohne weiteres zu entnehmen ist, ob es sich um die gesetzliche Versorgung, um Unterstützungen, widerrufliche Zuwendungen, um Gnadengebührnisse oder dergleichen handelt, oder weil in den Anträgen nähere Angaben über den letzten Truppenteil, dem der Versorgungsberechtigte oder der Verstorbene angehört hat, fehlen u. a. m. zeitraubende Rückfragen, Irrläufer und Nachforschungen und die Folgen. Den bestehenden Organisationen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wird daher empfohlen, ihre Mitglieder zur Stellung bestimmter Anträge sowie zur Vorlage von Schriftstücken und zu Angaben zu veranlassen, die sie zur Begründung der Anträge erforderlich sind.

Die Höchstpreise für Erbsen, Bohnen und Kohlrabi sind seitens der Reichsstelle für Gemüse und Obst aufgehoben worden.

(Gewerkverein christlicher Bergarbeiter.) Die Zahlstelle Kamen des Gewerkvereins hielt Sonntag bei Goertz eine Generalversammlung ab, die vom 2. Vorsitzenden Wilhelm Landwehr geleitet wurde. Nach einem Dankwort an die Erschienenen erteilte er dem 1. Vorsitzenden Kaspar Eggert das Wort zu seinem Vortrage, worin er eingangs einen Bericht gab über die 15. Generalversammlung des Gewerkvereins in Essen verbunden mit der 25jährigen Jubelfeier. Wir haben seinerzeit darüber eingehend berichtet. Von Interesse war jedenfalls die Mitteilung, daß seitens des Gewerkvereins für eine Witwe in Kamen ein Prozeß geführt wurde, nachdem derselbe gewonnen, der Witwe 2400 Mark nachgezahlt wurden außer den 1000 Mark jährlich, die seit 10 Jahren ausgezahlt werden. Redner ging dann zum Tarifvertrag über und erklärte, nachdem er den von der Arbeitsgemeinschaft vorgelegten Tarifvertrag eingehend dargelegt hatte, daß von demselben nichts wesentliches nachgegeben werden dürfe, andernfalls er für die Gewerkvereinsmitglieder unannehmbar sei. Auch die Urlaubsfrage wurde von ihm eingehend besprochen und erklärt, wenn die Ruhe unter den Bergarbeitern nicht gestört werden sollte, der Urlaub sofort in Kraft treten müsse. Zum Schlusse erklärte Redner, daß die christliche Arbeiterschaft auch keinen Fingerbreit von ihrem Standpunkt abweichen werde, denn nur nach den Grundsätzen des wahren Christentums könnte das so krank darniederliegende Deutschland wieder lebensfähig aufgebaut werden. An der Diskussion beteiligten sich die Kameraden Landwehr, Schumacher, Klussmüller, Hengelbrock, Buchholz und Pohl. In den Vorstand wurden hinzugewählt die Kameraden Saege, Buchholz und Hackländer. Hierauf wurde die Versammlung nach einem kurzen Schlußwort des Referenten vom Kameraden Landwehr mit einem Glückauf geschlossen.

Herne-Werve, 23. Sept. **(Gew. Fortbildungsschule.)** Seine erste Sitzung hielt hier am 17. d. M. im Gemeindehause unter dem Vorsitz des Amtmanns Lehmhaus der Schulvorstand der gewerblichen Pflichtfortbildungsschule ab. Als Lehrkräfte wählte der Schulvorstand Rektor Böckmann, Lehrer Kirchhoff und Bauunternehmer Wiggermann. Der von dem Pfarrer Schulze vorliegende Vertrag mit der evangelischen Kirchengemeinde wegen Benutzung des Jugendheimes als Schulraum wurde genehmigt. Der Schulunterricht hat bereits Dienstag, den 14 d. M. begonnen. Die Anmeldung der Schüler soll am 25. und 26. d. M. zwischen 4 und 7 Uhr nachmittags bei dem Schulleiter erfolgen.

Weddinghofen, 23. Sept. **(Gemeinderatssitzung.)** In der letzten hier abgehaltenen Gemeinderatssitzung wurden in die Einkommensteuer-Voreinschätzungskommission Landwirt Diedrich Schlüter und Bergmann Wilhelm Bäcker jun. und als deren Stellvertreter Landwirt Heinr. Lethaus und Bergmann Heinrich Lenz gewählt. Einstimmig faßte das Kollegium den Beschluß, bei Festfeiern, die bis 12 Uhr nachts dauern, die Lustbarkeitssteuern auf 25 Mark und für jede angefangene weitere Stunde um 10 Mark zu erhöhen. In Anerkennung dafür, daß der Bergmann Heinrich T. von hier einer Kriegerfrau, deren Mann sich schon 5 Jahre in Gefangenschaft befindet, eine Wohnung zu einem ganz geringen Mietspreis mit Rücksicht auf die dürftigen Verhältnisse überlassen hat, wurden diesem aus der Gemeindekasse der Betrag von 30 Mark bewilligt.

Unna, 23. Sept. **Bürgermeister Dr. Wiesner**, der seit dem 18. Oktober 1916 die hiesige Stadtverwaltung leitete, übernimmt mit dem 1. Oktober d. Js. das Amt des Zweiten Bürgermeisters in Görlitz in Schlesien. Bekanntlich kam der Herr Bürgermeister auch aus Schlesien (Hirschberg). Im Laufe des Donnerstag-Nachmittags nahm der Bürgermeister Gelegenheit, sich von der Beamtenschaft und den Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zu verabschieden. Bürgermeister Dr. Wiesner hat sich in schwerster Zeit um die Stadt Unna unvergeßliche Verdienste erworben. Sein nimmermüder Eifer und treueste Pflichterfüllung haben ihm die Liebe und das Vertrauen aller Kreise der Bürgerschaft erworben. Man sieht ihn darum nur ungern scheiden. Sicherlich steht dem erst 35 Jahre alten Herrn noch eine aussichtsreiche Zukunft bevor. Die besten Wünsche der Bürgerschaft hierzu begleiten ihn. Ueber die Wahl des Nachfolgers ist noch keine Entscheidung getroffen. Voraussichtlich wird sich die am nächsten Donnerstag stattfindende Stadtverordnetensitzung mit dieser Frage beschäftigen.

Kurl, 23. Sept. **(Kirchenräuber.)** In der Nacht von Donnerstag auf Freitag ist in die hiesige katholische Pfarrkirche eingebrochen worden. Die Diebe haben aus der Tür der Sakristei eine halbe Füllung ausgebohrt. Durch diese Oeffnung sind sie in die Sakristei gelangt. Die Tür, die von der Sakristei in die Kirche führt, ist dann mit Gewalt aufgebrochen worden. Den Dieben sind sämtliche Leinensachen in die Hände gefallen. Sie raubten ferner einen wertvollen gotischen Kelch und eine silbergetriebene Verzierung an einer alten Monstranz. Von den Tätern fehlt bisher noch jede Spur.

Lünen, 23. Sept. **(Einbruchsdiebstahl.)** In einer der letzten Nächte drangen Diebe in das Geschäft eines hiesigen Kaufmanns ein und stahlen Anzugstoffe, Futter, Futterseide, Serge, Damenmäntel, Regenmäntel usw. Der Wert der gestohlenen Sachen beläuft sich auf 12 000 Mark. Von den Tätern fehlt jede Spur. Auf ihre Ermittlung sind 1000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Soest, 23. Sept. **(Bedrohung.)** Abends drangen 10 bis 15 Soldaten in die Wohnung des Althändlers Koch, Kollstraße 3, und bedrohten die Frau in Abwesenheit des Mannes mit vorgehaltenen Revolvern und Gewehren, weil sie einem Mädchen, das falsche Gerüchte über sie verbreitet hatte, Ohrfeigen angeboten. Als die Soldaten Frau Koch verhaften wollten, flüchtete diese auf den Boden, verschloß die Tür und rief von dort aus um Hilfe. Nunmehr verließen die Soldaten das Haus, das sie umstellten, bis zwei Polizeibeamte hinzukamen.

Affeln, 22. Sept. **(Tödlicher Unglücksfall.)** Der Hauer Gustav Schaffteller in Wickede erlitt am 17. September nachmittags gegen 1 Uhr in Affeln auf Zeche „Holstein" dadurch einen Unfall, daß er beim Betreten des Wagenbremsberges von mehreren sich vom Seil gelösten Wagen getroffen wurde. An den Verletzungen ist Schaffteller kurz nachher verstorben. S. war 40 Jahre alt und verheiratet, von seinen 5 Kindern sind 2 noch schulpflichtig.

Dortmund, 22. Sept. **(Vereitelter Raubüberfall.)** Auf den Kassenboten der Firma Gräwe hatte es der Arbeiter Josef Müller abgesehen. Er hatte in Erfahrung gebracht, daß der Bote mit einem hohen Geldbetrage zu bestimmter Stunde des Weges kommen würde und legte sich mit einem Genossen auf die Lauer. Polizeibeamte von Huckarde, die, zur Ausübung des Flurschutzes kommandiert, ihren Dienst in Zivil verrichteten, hatten die Burschen beobachtet und nahmen den Anführer kurz vor Ausführung der Tat fest. Er trug bei sich Gesichtsmasken und einen geladenen Revolver. Seine Gepäckstücke hatte er bereits an der Güterabfertigung nach Berlin aufgegeben, um für den Fall des Gelingens des Planes sofort nach dort abdampfen zu können.

** **Gelsenkirchen**, 23. Sept. **(Schweres Bergunglück.)** Auf der Zeche „Alma" verunglückten gestern morgen 14 Bergleute. Fünf von ihnen wurden schwer verletzt und ins Knappschaftskrankenhaus gebracht. Die übrigen neun kamen mit leichteren Brandwunden davon.

** **Solingen**, 16. Sept. Der städtische Lebensmittelausschuß beschloß, die Versorgung der Bevölkerung mit Spätkartoffeln dem Großhandel zu übertragen, unter Aufsicht und Mitwirkung der Stadtverwaltung. Die Erfahrungen, die die Stadt bei diesem Verfahren bei der Versorgung mit Frühkartoffeln gemacht hat, befriedigten. Auch die Stadtverordneten von Burscheid beschlossen, die Kartoffelversorgung den Händlern auf eigene Gefahr unter behördlicher Festsetzung der Verkaufspreise zu übertragen.

Weitere Nachrichten.

Zum Verfahren gegen den Kaiser.

(TU) **Genf**, 22. Sept. In Pariser diplomatischen Kreisen glaubt man zu wissen, daß Lloyd George anläßlich seiner letzten Anwesenheit in Paris im interalliierten Obersten Rat die Frage der Auslieferung des Exkaisers aufgeworfen habe, die so lange in den Hintergrund getreten war. Lloyd George erklärte, alles tun zu wollen, was in den Grenzen seiner Machtbefugnis stehe, um die Aburteilung so schnell wie möglich durchzusetzen.

Was Wilson beabsichtigt.

(TU) **Haag**, 22. Sept. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus Washington: Senator Lewis, der Wilson besonders nahe steht, teilte mit, daß Wilson beabsichtige, die Welt nicht nur von den Schrecken des Krieges zu erlösen, sondern daß er auch mit einem Programm zur Sozialisierung der Kohlenerzeugung, der Mineralölquellen, der Eisenbahnen und der Wasserstraßen hervortreten werde. Wilson will aber nicht, daß diese Betriebe in die Verwaltung des Staates übergehen. Die Leitungen der Betriebe sollen vielmehr nur dem Staate verantwortlich sein. Wilson wird auch binnen kurzem die Demobilmachung des Heeres anordnen.

Ein Ultimatum an d'Annunzio.

(TU) **Lugano**, 22. Sept. Die „Tribuna" meldet aus Ankona, in Aufrufen, die auch die Flugzeuge über Fiume abgeworfen wurden, ist d'Annunzio aufgefordert worden, innerhalb 48 Stunden zum regulären Heere zurückzukehren. Das Ultimatum läuft heute ab.

*

Spartakistische Umsturzpläne.

In München wurden bei einem gewissen Heise aus Hagen i. Westf. zwei Umsturzpläne der Spartakisten gefunden. Der eine war in Geheimschrift abgefaßt, der andere in gewöhnlicher Schrift. Es ist darin genau angegeben, wie an gewissen Tagen in früher Morgenstunde die Truppen der Reichswehr noch im Schlaf überrumpelt werden sollen. Die Offiziere sollen in ihre Wohnungen eingeschlossen, die bekanntesten Monarchisten sofort beseitigt, die öffentlichen Gebäude besetzt und die Unteroffiziere und Mannschaften entwaffnet werden. Weiter heißt es: Es ist besser, daß in der ersten Stunde drei Menschen sterben, als in der nächsten 30. Kein Mensch darf die Kasernen lebend verlassen. Jeder Verdächtige Zivilist, der nicht zur roten Armee gehört, wird erschossen. Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr wird lahmgelegt. Dem Reichswehrgruppen-Oberkommando ist eine Durchführende Abschrift dieses Planes in drei Stücken zuzustellen. — Eine Untersuchung wird ergeben, inwiefern dieser Umsturzplan auf tatsächlichen Unterlagen beruht, oder ob er nur den Zweck hat, die Behörden irre zu führen. Tatsache ist jedenfalls, daß Heise sich als Leutnant in das Freikorps Graf Tohna eingeschmuggelt hat. Der Betrug wurde jedoch erkannt und der Schwindler daraufhin festgesetzt. Er wurde nach seiner Flucht aus dem Gefängnis von Unabhängigen mit Kleidern und Geld versehen. Sein Paß lautete auf den Namen R. Ehrhardt.

*

— **(Vereitelter Spartakistenputsch in Düsseldorf.)** In Düsseldorf hatten für die Nacht zum Sonntag die Spartakisten einen Putsch geplant. Danach sollten die Insassen des Gefängnisses befreit, die Garnison überrumpelt und die Stadt an den wichtigsten Punkten besetzt werden. Die Militärbehörden, die Kenntnis von dem Plan erhielten, ließen die Garnison in verschärften Alarmzustand bringen und die Polizei und die Wachen verstärken. Die Nacht verlief ruhig.

— **(Progrome in Westungarn.)** Am 9. und 10 d. M. kam es in Tapolcza und Kis-Czell zu Ausschreitungen gegen die Juden. In Tapolcza wurden drei Personen getötet und 30 schwer verwundet. 80 Geschäfte wurden ausgeplündert. Der amtlich festgestellte Schaden beläuft sich auf Millionen von Kronen. In Kis-Czell wurden sämtliche Juden ermordet, auch zwei Lehrer, die für Juden gehalten wurden. Es folgten organisierte Plünderungen. Das zur Aufrechterhaltung der Ordnung befohlene Militär nahm an den Ausschreitungen teil. Bisher sind 92 Personen verhaftet worden, darunter die beiden Kommandanten der dort gen militärischen Abteilungen.

*

Kleine Nachrichten.

Die „Daily Mail" meldet aus Tokio: Der Ausschuß des japanischen Parlaments stimmte mit allen gegen drei Stimmen der Ratifikation des Friedensvertrags mit Deutschland zu.

Der ehemalige Direktor der Friedr. Krupp-A.-G., Friedrich-Alfredhütte und nachmalige Generaldirektor der Maximilianhütte, Dr. Hans Helvens, ist zum Reichskommissar für den Wiederaufbau der ehemals besetzten feindlichen Gebiete ernannt worden.

Eine direkte Dampferlinie Hamburg—Niederländisch-Indien ist Sonnabend mit dem holländischen Dampfer „Lombok" eröffnet worden, der von Hamburg nach Sorabaya (Java) abgegangen ist.

In einer Frankfurter Versammlung des Deutschen Eisenbahnverbandes wurde jede Akkordarbeit und das Prämiensystem in allen Eisenbahnbetrieben abgelehnt.

In einer am Sonnabend abgehaltenen Wohnungskonferenz wurde festgestellt, daß in Berlin am 1. Oktober kein Wohnungsloser auf der Straße liegen wird.

Der Londoner Korrespondent des „Algemeen Handelsblad" meldet, daß die Entdeckung großer Goldfelder in Westaustralien amtlich bestätigt wird.

Laut „Telegraaf" meldet „Morning Post", daß in England und Wales 50 000 Metallarbeiter die Arbeit niedergelegt haben, weil die Arbeitgeber sich weigerten, ihre Lohnforderungen zu bewilligen.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden sein sollte.

(Eingesandt.)

Kamen, 23. Sept. (Betr. Fall Lepke.) Der Bericht über die Sitzung des Wirtschafts-Ausschusses in der „Kamener Zeitung" vom 19. 9. 1919 betr. Fall Lepke zwingt mich zu einer Erwiderung. Es war nicht meine Absicht, die Presse in Anspruch zu nehmen, jedoch kann ich jetzt nicht mehr umhin, damit in der Oeffentlichkeit durch die Zeitungsnotiz kein falsches Bild aufkommt. Scheinbar ist nur jetzt der Presse durch den Wirtschafts-Ausschuß davon Mitteilung gemacht, um die Bürgerschaft irre zu führen. Von einer Seite glaubt man scheinbar sogar noch, die Sache als harmlos hinzustellen. Es ist doch auch jetzt noch nötig, den tatsächlichen Sachverhalt darzustellen, denn der Vorfall trug sich folgendermaßen zu:

Am 1. 9. 1919, nachm. 4¾ Uhr, suchte ich in einer Wohnungssache das Mietseinigungsamt im städt. Verwaltungsgebäude am Markte auf. Unten im Flur stand eine betrunkene Person, die ich nicht kannte und auch nicht beachtete. Das betreffende Büro war jedoch verschlossen und wollte ich wieder umkehren. Doch war die Person mir gefolgt und griff mich ohne irgend eine Veranlassung tätlich an und warf mich die den Bürgern wohlbekannte steile Treppe hinunter. Durch den Fall erlitt ich eine Quetschung des rechten Oberschenkels und mein durch Teilnahme am Feldzuge als Frontsoldat schon gelittenes Nervensystem erlitt eine mächtige Schlappe. Jetzt suchte ich die Polizeiwache auf und verlangte Feststellung der Personalien und, um noch weiteres Unheil zu verhüten, Festnahme der Person. Nach vielem Reden waren denn auch zwei Polizeibeamte bereit, mitzugehen, und nun erst hörte ich, daß ich vom Herrn Stadtrat Lepke, z. Zt. gesetzlicher Vertreter des Bürgermeisters, angegriffen und die Treppe hinabgeworfen war. Im Büro der Polizei-Verwaltung angekommen, griff mich Herr Lepke im Beisein eines Wachtmeisters nochmals an und rettete ich mich schließlich durch die Flucht. Späterhin verlangte ich Aufnahme eines Protokolls auf der Polizeiwache, doch machte man hier nur kurze Notizen. Am Abend zwischen 7 und 8 Uhr suchte mich Herr Lepke im Beisein des Wachtmeisters Herrn Tomaszewski in meiner Wohnung auf. Da L. noch betrunken war, ging ich einer Unterredung selbstverständlich aus dem Wege. Da an diesem Tage eine Unterredung mit Herrn Lepke überhaupt nicht stattgefunden hat (Vergl. „Kamener Zeitung" vom 19. 9.), konnte meinerseits auch nicht versprochen werden, nichts daraus zu machen. Am folgenden Tage (2. Sept. 1919) suchte ich Herrn Geh. S.-Rat Dr. Lenzmann auf und setzte mich am gleichen Morgen mit einem Rechtsanwalt in Verbindung. Nachmittags gegen 2 Uhr kam dann erst die Unterredung mit Herrn Lepke. Da die Sache bereits soweit gediehen war, konnte von einer Zurücknahme überhaupt nicht mehr die Rede sein, vielmehr habe ich L. an den Rechtsanwalt verwiesen, mit dem ich in meiner Sache bereits gesprochen hatte. Dauernd habe ich betont, daß ich gegen Herrn Lepke durchaus nichts habe, persönlich war er mir unbekannt. Soweit der klare Sachverhalt.

In der Bürgerschaft ist viel darüber gesprochen worden, wie es möglich sei, daß derartige Sachen in einem Rathause bezw. in einem städt. Verwaltungsgebäude sich ereignen können. In einem Gebäude, wo man Rat und Hülfe sich holen soll, wird man tätlich angegriffen. Befremden muß es ja, daß in einem Dienstzimmer des Polizeikommissars eine Zecherei abgehalten werden kann, die dann zum Schluß in kleine Raufereien ausartete. Nicht unerwähnt will ich lassen, daß städtische Beamte das Gebäude verlassen hatten, zum Teil wurden sie vorher von Herrn Lepke tätlich angegriffen. L. hat dann Akten zerrissen, sodaß am folgenden Tage jüngere Beamte mit der Wiederinstandsetzung beauftragt wurden. Jedenfalls ist es sehr bedauerlich, daß derartige Sachen einem Stadtrat passieren können; nicht ganz schuldfrei ist der Herr Kommissar. Daß festliche Anlässe, Rückkehr von einer Reise, Hochzeitstag usw. im Rathause gefeiert werden, steht doch wohl einzig in der preußischen Geschichte da. Meines Erachtens gibt es doch hier Lokale genug, wo man solche Feste besser feiern kann.

Weitere Erwiderungen in dieser Sache erfolgen von meiner Seite nicht.

P. Sommerfeld.

Konzert, Theater 2c.

Königsborn, 23. Sept. **Das Kurtheater Bad Königsborn** rüstet sich zum Abschied, nachdem es so vielen Besuchern aus der nahen und weiten Umgebung manch frohe Stunde geschaffen. Mit Bedauern sieht man allgemein die unter der Direktion des Herrn Benne stehende Truppe scheiden, umsomehr wird die Theaterfreunde die Mitteilung erfreuen, daß Herr Direktor Benne auch im nächsten Jahre zur Saison im Kurtheater wieder Vorstellungen zu geben beabsichtigt. Morgen Mittwoch abend findet eine Abschiedsvorstellung statt, in der Fräulein Gabriele Richard vom Stadttheater Straßburg im „Zigeunerbaron" eine Hauptrolle übernommen hat. Die vielen Freunde des Kurtheaters werden sich morgen nochmals ein Stelldichein geben, zum Danke und zur Anerkennung. Die Vorstellung findet zu bedeutend ermäßigten Preisen statt.

Im Silberkranze.

Pelkum, 23. Sept. Gestern begingen die Eheleute Bahnwärter a. D. Karl Fels und Sophie geb. Hertpläßer, das Fest der silbernen Hochzeit. Möge es dem Jubelpaare vergönnt sein, nach weiteren 25 Jahren das goldene Fest zu begehen.

Synagogengemeinde Kamen.

Gottesdienst am Neujahrsfest.

Mittwoch und Donnerstag, abends 6 Uhr. Donnerstag und Freitag, morgens 8 Uhr.

Statt Karten.

Friedrich Dietzel
Helene Dietzel
geb. Lübbert
Vermählte.

Kamen, 23. September 1919. 3758

Karl Dimmek
Mimmy Dimmek
geb. Wagemann
Vermählte. 3757

Buer-Resse Kaiserau
23. September 1919.

Vieh- und Inventar-Verkauf
Oberaden.

Freitag, d. 26. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, läßt Herr Franz Ammerdink in Oberaden, verziehungshalber, an seiner Wohnung nachstehende Gegenstände als 2 schwere tragende Kühe, 1 Schwein, 6 Hühner, 2 dreizöllige Ackerwagen m. Flechten und Leitern, 1 Erdkarre 1 Kultivator, 1 kompl. Pflug, 1 hölzerne u. 1 eiserne Egge, 1 Paar neue Leitern, 1 Rübenschneider, 1 Zentrifuge 1 Butterkirne, 2 Kuhgeschirre, 1 Schleppharke, 2 Taue, Ketten, 1 Handwagen, sämtliche Dehlenutensilien und verschiedene andere Sachen öffentlich meistbietend gegen bar verkaufen. 3680

Heil.

Th. Brüggemann,
Auktionator.

Schneidergeselle
und
Lehrling
gesucht. Kost u. Logis im Hause. 3735

Schneidermeister
Wilh. Marjewski,
Kaiserau bei Kurl.

Mädchen
für leichte Arbeit gesucht

Zu melden in der Druckerei der
Kamener Zeitung
Unnaerstraße 163.

Laufbursche
sofort gesucht.
Zu erfr. in der Geschäftsst. der Kamener Zeitung.

Ein 14—16 jähriges
Zweitmädchen
gesucht. 3739
Arnold Wiemer.

---

2 große eich. Koffer, 1 Schweinetopf, 1 Holzkinderbettchen, 1 Wasserbank, 90 Bohnenstangen
zu verkaufen. 3760
Nordenmauer 46.



Milchziege
zu verkaufen. 3750
Zu erfr. in der Geschst.

Gut erh. Küche, einf. Schlafzimmer, Kleiderschrank, Bettstelle mit Matratze, Federbetten, Waschkommode, weißer Herd 3759
zu verkaufen.
Kamen Schillstr. 5.

3755



4—5 Mon. alte
Kaninchen
Halbriesen, zu verkaufen
Bergkamen,
Nordbergstr. 205.

Ein gebrauchtes
breites Bett
zu kaufen gesucht. 3140
Angebote mit Preis unter **S. 1500** an die Geschäftsst. d. Bl.

Von alleinstehender Frau
1 leeres Zimmer
zum 1. Oktober gesucht. Am liebsten Kolonie Bergkamen. Zu melden **Neue Kolonie,** Ludendorffstr. 16.

Die Aussage, die ich gegen Frau Johann Kassan von hier in der Gerichtssache Schlupp ausgesagt, ruht auf Unwahrheit und nehme dieses mit Bedauern zurück, muß auch noch 10 Mk. für die Mission zahlen, 3744

Hermann Gintzel.

Warnung!

Warne hiermit jeden, das falsche Gerücht, das über mich verbreitet wird, weiter zu verbreiten, da ich sonst gerichtlich vorgehe.

August Berndt
Kaiserau.

3734

Kurtheater Bad Königsborn.

Morgen Mittwoch, 8 Uhr beginnend:
Große Abschieds-Vorstellung
Der Zigeunerbaron
mit Frl. **Gabriele Richard** vom Stadttheater Straßburg.

Bedeutend ermäßigte Eintrittspreise.
Vorverkaufskarten telephonisch Nr. 28 bei der Badeverwaltung Königsborn. 3754

Damen- und Herrenhüte
werden nach neuesten Formen schnell und billig umgepreßt und gefärbt. 3705
Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße 57.

Zu verkaufen:



Kotten
mit 22 Morgen, bestehend aus Wald, Wiese, Ackerland, mit lebendem und totem Inventar in Schlesien, Grafschaft Glatz. 4751

Zu erfragen durch
H. Rüffer, Schönhausen,
Hoeterstr. 4.

Die Hausbesitzung



in Kamen, Kämerstraße Nr. 11, zur Größe von 1,82 ar ist unter günstigen Bedingungen zu **kaufen.** Angebote nimmt entgegen 3716

Kamen, den 18. September 1919
Städtische Sparkasse.

Grundbesitz

zirka 1 Morgen groß, mit aufstehendem Wohnhaus, sowie Gebäude, für maschinellen Betrieb geeignet, mit Vorkaufsrecht zu mieten evtl. zu kaufen gesucht. 3746

Zu erfragen in der Geschäftsstelle

Moderne Drucksachen

sind heutzutage für den Geschäftsmann ein dringendes Erfordernis. Unsere Druckerei, ausgestattet mit modernem Material und besten Maschinen, ist in der Lage, jede Drucksache für den Geschäfts- und Privatbedarf in kürzester Zeit liefern zu können. Mit Entwürfen u. Kosten-Anschlägen stehen wir zu Diensten.

Kamener Zeitung
Geschäftsst. Westfr. 10. **Kamen** Druckerei Unnaerstr. 163.

Wegen Umzug verkaufe ich folgende Gegenstände am **27. September, 3 Uhr nachmittags:**

1 Herd, 1 Küchenschrank, Wasserbank, 2 Stühle, 1 Ofen, Bettstelle mit Matratze, 1 Sofa, 1 Sprechapparat, 1 Mantelstock, 1 Waschmaschine, 1 Waschkessel, 2 Einmachfässer und Einmachtöpfe.

Karl Sommerfeld,
3732 **Schlachthofstraße 18.**

Lebensmittelverteilung im Amt Unna-Kamen.

1. Auf Reichsfleischkarte 125 Gr. Fleisch einschließlich Wurst. Auf Fleischzulagekarte 50 Gramm Fleisch.

2. Auf Fettkarte 100 Gr. Butter oder Margarine.

3. Auf Fetteinfuhrzusatzkarte für Versorgungsberechtigte und auf Fettzusatzkarte für Selbstversorger 50 Gr. Palmfett, das Pfund zu 5,40 Mk., oder Margarine, das Pfund zu 3,40 Mk.

4. Auf Mehleinfuhrzusatzkarte 250 Gr. Auslandsweizenmehl, das Pfund zu 85 Pfg.

5. Speck ist noch nicht eingegangen.

Unna, den 22. September 1919.
Der Amtmann: Lehmhaus.

Wir empfehlen: 3753
Prima Heringe St. **65** u. **78** ₰
Prima fr. Sauerkraut Pfd. **25** ₰
Kathreiners Malz Pfd. **1,16** M.
Pr. Kaffee-Ersatz Pfd. **1,16** M.
Prima Fett- u. Toilettenseife
Stangenzimmt und Einmachtöpfe äußerst billig.

Gebr. Sirringhaus,
Kamen,
Hammerstraße 194.

Mobiliarverkauf Kamen.

Donnerstag, den 25. d. Mts., morgens 9 Uhr, haben Unterzeichnete für Frau Wwe. C. Bohwinkel hier folgende, ihr entbehrlich gewordene Gegenstände, als:

3 einschl. Bettstellen mit Matratzen, 1 Nachttisch, 2 Spiegel, 3 Waschschüsseln, 1 Handtuchständer, 5 Stühle, 1 Gartenstuhl, 1 Tisch, 1 Herren-Schreibtisch, 1 Mantelofen mit Dauerbrenner, 1 zwei- und 1 dreiarm. Kronleuchter, Bilder, Kleiderhaken, 1 Leiter, div. Hausgeräte, ferner für versch. Interessentn 1 Leinenschrank, 1 kl. Schrank, 1 Plüsch-Sofa mit 2 Sessel, 1 Vertiko, 1 groß. Salonspiegel, 1 Bowle mit 12 Gläsern, sowie 1 Ofen mit Rohr, 1 Mangel und allerlei sonstige Sachen,

im Lokale des Wirts Leonh. Rieder hierselbst öffentlich meistbietend gegen Barzahlung zu verkaufen. 3752

Kamen. **Reinhard, Gerdts,** Aukt.

Anordnung

Im Anschluß an die Bekanntmachung der Verordnung über die **Lieferungszuschläge für Brotgetreide und Gerste** und über **Beschränkung des Auslaufes von Hafer,** veröffentlicht in der „Kamener Zeitung" Nr. 217 vom 17. September 1919, wird mit Genehmigung der zuständigen Reichsstelle bestimmt:

1. Die Ausfuhr von Hafer aus dem Landkreis Hamm ist bis auf weiteres verboten.
2. Ausnahmen von dem Ausfuhrverbot bedürfen meiner Genehmigung.
3. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des § 5 der angezogenen Verordnung.
4. Diese Anordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Hamm (Westf.), den 16. Septbr. 1919
Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Schulze-Pelkum.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 3. Juni 1919, genehmigt durch Verfügung des Herrn Landrat vom 28. Juni 1919, werden im Gemeindebezirk Bergkamen **folgende Straßen für den Verkehr mit Lastkraftwagen gesperrt:**

1. Hindenburg- und Hohenzollernstraße,
2. Süd- und Bambergstraße, und deren Verlängerung, die Zeppelinstraße,
3. Nordfeldstraße von der Hindenburgstraße bis zur sogenannten „Kaisereiche",
4. Landwehrstraße in ihrer ganzen Ausdehnung.

Zuwiderhandlungen werden gemäß P.-V.-G. vom 11. März 1850 bestraft.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. 3745

Pelkum, den 17. September 1919.
Der k. Amtmann: Friedrichs.

Amt Unna-Kamen.

Die Landwirte der Gemeinde Heeren-Werve mache ich darauf aufmerksam, daß in der Zuständigkeit der Kommissionäre der Reichsgetreidestelle insofern eine Aenderung eingetreten ist, als Heeren-Werve jetzt zu dem Bezirk des Kommissionärs Schulze-Buxloh in Bönen gehört und das Getreide künftig an diesen abzuliefern ist.

Die aufzubringenden Hafermengen werden dagegen noch in diesem Jahre von dem bisherigen Kommissionär Ostermann in Kamen entgegengenommen.

Unna, den 18. September 1919.
Der Amtmann: Lehmhaus.

Fäkalienabfuhr.

Die Fäkalienabfuhr in der Stadt Kamen wird vom heutigen Tage ab von dem Ackerer August Grevel hierselbst, Nordenmauer wohnhaft, ausgeführt. 3748

Kamen, den 18. September 1919.
Der Magistrat: Lepke, Stadtrat.

Tinten
zu haben in der
Buchhandlung der „Kamener Zeitung."

Bekanntmachung
über die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1919/20.

Auf Grund der Verordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 738) und der Verordnung des Reichsernährungsministers vom 4. September 1919 wird für den Landkreis Hamm folgendes bestimmt:

§ 1. 1. Sämtliche im Bezirk des Landkreises Hamm geernteten Kartoffeln werden bei den einzelnen Kartoffelerzeugern zum Zwecke der Versorgung der Verbraucher sichergestellt.

2. Demgemäß wird die Ausfuhr der Kartoffeln untersagt.

3. Die Sicherstellung erstreckt sich nicht auf die Kartoffelernte aus einer Anbaufläche von nicht mehr als 200 Quadratmetern. Jedoch bedarf es zu einer Ausfuhr dieser Kartoffeln der Genehmigung.

§ 2. 1. Kartoffelerzeugern, die ihren allgemeinen Wohnsitz in einem anderen Kreise haben, werden auf ihren Antrag von ihren selbstgebauten Kartoffeln diejenigen Mengen belassen und zur Ausfuhr freigegeben, die zu ihrer Ernährung und zur Ernährung ihrer Familien und Haushaltungsangehörigen erforderlich sind. Voraussetzung der Belassung der Kartoffeln ist die Beibringung eines Nachweises dafür, daß der Unternehmer für sich und seine Angehörigen auf den öffentlichen Bezug von Kartoffeln in seiner Wohnsitzgemeinde verzichtet hat.

2. Die auf Grund von Pachtverträgen gemäß meiner Anordnung vom 19. Februar 1919 angebauten Kartoffeln werden auf Antrag der in einem auswärtigen Kreise wohnenden Anbauer zur Ausfuhr freigegeben.

3. Anträge auf Erteilung der Ausfuhrgenehmigung sind unter Beifügung einer von dem Kommunalverbande (Bürgermeister, Landrat) der Wohnsitzgemeinde ausgestellten Ausfuhrgenehmigung an den zuständigen Amtmann — Bürgermeister — zu richten, der sie an den Unterzeichneten einzureichen hat.

§ 3. 1. Die Ausfuhr der Kartoffeln aus einem Amtsbezirk in einen anderen innerhalb des Kreises unterliegt der Genehmigung des für den Ausfuhrort zuständigen Amtmanns — Bürgermeister —.

2. Voraussetzung für die Erteilung der Ausfuhrgenehmigung ist die Beibringung einer Einfuhrgenehmigung des für den Einfuhrort zuständigen Bürgermeisters — Amtmanns —.

§ 4. Die Einfuhr von Kartoffeln in den Landkreis Hamm unterliegt der Genehmigung der Ortsbehörde (Bürgermeister, Amtmann).

§ 5. Die Versorgungsperiode umfaßt für die Selbstversorger die Zeit vom 16. September 1919 bis 14. August 1920, für die Versorgungsberechtigten die Zeit vom 16. September 1919 bis 20. Juli 1920.

§ 6. Als Selbstversorger gelten hinsichtlich der von ihnen erzeugten Mengen alle Kartoffelerzeuger, die Angehörigen ihrer Wirtschaft, einschließlich des Gesindes, sowie Naturalberechtigte, insbesondere Altenteiler, und Arbeiter, soweit sie kraft ihrer Berechtigung oder als Lohn Kartoffeln zu beanspruchen haben. Die über die Selbstversorgerration (§ 7a) hinaus zur Erfüllung von Deputatverpflichtungen erforderlichen Kartoffelmengen sind aus der Schwundreserve zu entnehmen.

Alle anderen Personen sind Versorgungsberechtigte.

§ 7. Den Selbstversorgern werden von den bei ihnen sichergestellten Kartoffeln (§ 1) belassen: a) zur Ernährung 1½ Pfund für den Tag und den Kopf vom 16. September bis 14. August 1920 — fünf Zentner; b) der Saatgutbedarf in Höhe von 40 Zentnern für das Hektar der Herbstkartoffelanbaufläche 1919. Die Saat für den Frühkartoffelanbau ist bereits mit dem Frühkartoffelverteilungsplan freigegeben worden.

§ 8. Die Versorgungsberechtigten erhalten für 3½ Monate je Kopf und Woche neun Pfund, für die übrige Zeit sieben Pfund. Die Ausgabe der Kartoffeln erfolgt durch die Ortsbehörde auf Grund von Kartoffelkarten oder Bezugsscheinen.

§ 9. Die Ortsbehörden sind ermächtigt, den Versorgungsberechtigten auf Antrag Bezugsscheine zum Erwerb von Kartoffeln unmittelbar bei den Kartoffelerzeugern ihres Amtsbezirks bis zur Höhe des zustehenden Bedarfs zur Einkellerung auszustellen.

§ 10. Die Ausstellung von Bezugsscheinen (§ 9), wie auch die Ausgabe von Kartoffeln (§ 8) zum Einkellern darf nur an solche Verbraucher erfolgen, die sichere Gewähr für pflegliche Behandlung der Kartoffeln bieten und bei denen eine Gefährdung der Versorgung durch frühzeitigen Verbrauch ausgeschlossen erscheint.

Die Antragsteller haben auf eine Nachforderung schriftlich zu verzichten.

§ 11. Die eingekellerten oder eingemieteten Kartoffeln sind von den Ortsbehörden unter ständiger Kontrolle zu halten.

§ 12. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. 3738

Hamm (Westf.), den 10. September 1919
Namens des Kreisausschusses.
Der Vorsitzende: Schulze-Pelkum.

Bekanntmachung.

Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 19. ds. Mts. mache ich bekannt, daß die Ausstellung der **Kartoffeleinfuhr-Erlaubnisscheine** für die Gemeinden Oberaden, Niederaden, Methler, Wasserkurl, Weddinghofen und Westick nicht hier im Amtsgebäude, sondern durch die Verwaltungsnebenstelle in Methler und Westick erfolgt.

Unna, den 20. September 1919.
Der Amtmann: Lehmhaus.